

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfvinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. November 1930

Der abgeänderte Finanzplan.

Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Wesentliche Verbesserungen der Entwürfe durch den Reichsrat.

SPD. Der Reichsrat hat die Finanzpläne der Regierung in wesentlichen Punkten umgestaltet. Diese Abänderungen beziehen sich fast auf alle Gesetze. Nur der Gesetzentwurf über die Zuschläge zur Einkommensteuer, der das Notopfer der höheren Einkommen, die Ledigensteuer und die Aufsichtsratssteuer umfasst, ist unverändert geblieben. Noch nicht bekannt sind die Abänderungen beim Steuervereinfachungsgesetz und beim Finanzausgleichsgesetz, die erst in der nächsten Woche verabschiedet werden sollen.

Die Umgestaltung der übrigen Gesetze liegt, abgesehen von der Vorverlegung der Gehaltskürzung, im allgemeinen in der Richtung der Kritik, die insbesondere von der Sozialdemokratie an den Vorlagen der Regierung geübt worden ist. Die Abänderungen des Reichsrats tragen dieser Kritik wenigstens soweit Rechnung, dass die schwersten Bedenken, die gegen die Regierungsvorlage in ihrer früheren Gestalt erhoben werden mussten, abgeschwächt werden. Das gilt in erster Linie von dem Ausgabenbegrenzungsgesetz. Während die Regierung von der strikten Begrenzung der Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden für die Jahre 1931 bis 1933 so gut wie keine Ausnahmen zulassen wollte, hat der Reichsrat diesen Grundsatz für wichtige Fälle aufgehoben. Zunächst soll die Ausgabenbegrenzung keine Anwendung finden auf sogenannte durchlaufende Ausgaben, wie z.B. die Steuerüberweisungen, die Ausgaben auf Grund der Lex Brüning usw. Weiter dürfen die ausserordentlichen Ausgaben erhöht werden, soweit es sich um werbende Anlagen handelt, die durch langfristige Anleihen finanziert werden. Wichtiger noch ist die Generalklausel, die die Länder für sich und die Gemeinden eingefügt haben. Mit Zustimmung der Landesfinanzminister können nämlich Länder und Gemeinden dann über die Ausgabenbegrenzung hinausgehen, "wenn infolge besonderer Verhältnisse Ausgaben entstanden sind, die in dem betreffenden Rechnungsjahre im Rahmen der Ausgabenbegrenzung nicht ausgeglichen werden können".

Ebenso bedeutsam ist die Abänderung des Gesetzentwurfs hinsichtlich der Einnahmeverwendung. Während nach der Vorlage der Regierung Einnahmeüberschüsse fast ausschließlich zur Steuersenkung verwendet werden mussten, hat der Reichsrat diese Beschränkung nahezu völlig aufgehoben. Nach seinen Abänderungen können die Mehreinnahmen verwendet werden entweder zur Deckung der zulässigen Mehrausgaben oder zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung oder schliesslich zur Steuersenkung. Alle diese Verbesserungen kommen insbesondere den Gemeinden zugute, Allerdings sind die Gemeinden trotz der Änderungen noch sehr stark von den Landesfinanzministern abhängig. Aber diese Abhängigkeit ist doch viel weniger folgenschwer und verhängnisvoll, als die ursprünglich vorgesehene rücksichtslose Ausgabenbegrenzung und Erzwingung von Steuersenkungen.

Hinsichtlich der Gehaltskürzung hat der Reichsrat - mit einer willkürlichen Begründung und im Zusammenhang mit einem sehr anfechtbaren Handelsgeschäft zwischen dem Reich und den Ländern - den Zeitpunkt des Inkrafttretens vom 1. April auf den 1. Februar vorverlegt. Dafür soll die Reichshilfe ausser Kraft

treten. Beim Personalaufwandsgesetz (Besoldungssperregesetz), dessen einzelne Bestimmungen sehr umstritten sind, hat sich der Reichsrat ein Verdienst dadurch erworben, dass er auch die Oberbürgermeister in das Gesetz einbezogen hat. Auch ihre Bezüge sind nunmehr neu zu regeln, "wenn sie offensichtlich unangemessen hoch sind", und für die Zukunft können die obersten Landesbehörden für die Festsetzung dieser Gehälter Richtlinien aufstellen.

Von besonderer Bedeutung sind die Änderungen, die der Reichsrat bei dem Gesetzentwurf über die Senkung der Realsteuern vorgenommen hat. Ursprünglich war vorgesehen, dass alle Länder den halben Wohnungsbauteil der Hauszinssteuer für die Realsteuersenkung verwenden sollten. Auf Antrag Preussens ist in das Gesetz folgende Verbesserung aufgenommen worden: Für Länder mit besonders hohem Wohnungsbedarf kann der Reichsfinanzminister auf Antrag zulassen, dass weniger als die Hälfte, mindestens aber ein Drittel des Wohnungsbauteils der Realsteuersenkung zugutekommt. Unter dieser Bedingung kann die Landesregierung die Senkung auf die Fälle beschränken, in denen die Realsteuerbelastung den Landesdurchschnitt übersteigt. Da die Voraussetzungen dieser Bestimmungen nicht nur in Preussen, sondern in fast allen Ländern vorliegen, wird man sagen können, dass tatsächlich nicht 400 Millionen, wie es die Regierung gewollt hat, sondern nur etwa 270 Millionen aus der Hauszinssteuer für die Realsteuersenkung entnommen werden.

Für eine Reihe anderer Länder, darunter Bayern, ist eine weitere Sondervorschrift eingefügt worden: Länder, in denen die Realsteuerbelastung seit 1926 nicht wesentlich erhöht worden ist und die gleichzeitig durch schwebende Schulden besonders belastet sind, können mit Zustimmung des Reichsfinanzministers die Mittel aus der Hauszinssteuer nicht zur Realsteuersenkung, sondern zur Verminderung der schwebenden Schulden verwenden.

Bei den Gesetzentwürfen über die Neuregelung des Wohnungsbaus und der Wohnungswirtschaft hat der Reichsrat verlangt, dass ein Wohnungsbauprogramm für fünf Jahre aufgestellt wird. Er hat weiter die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im Jahre 1936 an die Bedingung geknüpft, dass bis zu diesem Zeitpunkt die mietrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet sind. Infolge der Änderungen des Realsteuersenkungsgesetzes ist schliesslich damit zu rechnen, dass in Zukunft wenigstens 530 Millionen jährlich aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet werden können.

Eine Umgestaltung hat auch die Erhöhung der Tabaksteuer im Reichsrat erfahren. Während die Regierung den Tabakzoll von 80 auf 250 Mark je dz erhöhen wollte, hat der Reichsrat die Erhöhung auf 200 Mark beschränkt. Ebenso hat er die Bänderollensteuer der Zigarre von 20 auf 23 Prozent, statt 25 Prozent nach der Regierungsvorlage, erhöht. Umgekehrt ist dafür die Materialsteuer der Zigarette von 500 je dz nur auf 450 Mark statt auf 350 Mark ermässigt worden. Damit ist zwar die vermehrte Belastung der Zigarre etwas gemildert, aber die Bedenken, die gegen die ganze Vorlage vom Standpunkt des Tabakgewerbes, der Tabakarbeiter und der Verbraucher sprechen, sind immer noch ausserordentlich schwer.

Auf alle diese Veränderungen, die das Regierungsprogramm erfahren hat, wird noch näher einzugehen sein, sobald die Gesetzentwürfe in ihrer neuen Gestalt vorliegen. Gewiss ist der Reichsrat in erster Linie stets auf die Wahrung der Interessen der Länder bedacht. Aber die Interessen der Länder verbinden sich zugleich mit den Interessen der Gemeinden und die Interessen der Gemeinden sind in stärkster Masse die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

SPD. Stuttgart, 22. November (Eig. Drahtb.)

In dem Dorfe Schluchtern bei Heilbronn haben die Kommunisten aus fanatischem Hass gegen die Sozialdemokratie bei den am letzten Sonntag stattgefundenen Gemeindewahlen ihre Stimmen der Zentrumsparterie zugeleitet und ihr damit

einen weiteren Sitz im Rathaus verschafft. Der Sozialdemokratie fehlten zur Erlangung eines weiteren Sitzes nur 3 Stimmen. Am Montag veranstaltete die Zentrumsparlei eine Siegesfeier, zu der die führenden Kommunisten eingeladen waren. Die Moskaujünger sind auch erschienen. Wein soll im Verlauf der Feier in Strömen geflossen sein.

SPD. Die von rechtsstehender Seite verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des preussischen Kultusministers Grimme entsprechen nicht den Tatsachen. Sie stützen sich auf freie Erfindungen!

SPD. Dieser Tage fand im Preussischen Ministerium des Innern eine Tagung der staatlichen Polizeiverwalter Preussens statt, auf der eine Reihe polizeitechnischer und polizeirechtlicher Fragen erörtert wurde. Im Laufe der Konferenz begrüßte der Preussische Minister des Innern Severing die Leiter der staatlichen Polizeiverwaltungen Preussens mit einer Ansprache, in der er u.a. ausführte :

"Der vor uns liegende Winter wird uns aller Voraussicht nach noch keine wesentliche Erleichterung der weltwirtschaftlichen und damit auch der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands bringen. Deutschland leidet nicht nur unter den Lasten, die uns der Young-Plan als Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege auferlegt hat, sondern ist von der allgemeinen Weltwirtschaftskrise der Industrieländer der Erde mit ergriffen. Diese Erkenntnis, die so oft von der radikalen Agitation vernebelt wird, zu verbreiten, ist auch Aufgabe der Polizei.

Weiter muss die Polizei sich bewusst sein, dass die Aktivität der Radikalen rechts und links vor allem auf dem wirtschaftlichen und sozialen Elend beruht, das unser Volk betroffen hat. Hunger und Pessimismus sind die wirklichen Feinde, die es zu bekämpfen gilt. Zwar kann die Polizei nicht Träger der sozialen Fürsorge sein, aber sie kann Gemeinden und Behörden, die mit entsprechenden Massnahmen in Verzug geraten, zu sozialem Tun anregen, sie daran erinnern, dass es ihre Pflicht ist, die Hungernden zu speisen, die Frierenden zu wärmen. Hungernde und Frierende sind am leichtesten geneigt, den Verlockungen der radikalen Gegner des heutigen Staates zu folgen und sich zu ungesetzlichem Tun und Gewalttätigkeiten hinreissen zu lassen. Scharfe Polizeimassnahmen sind die ultima ratio des Staates."

In seinen weiteren Ausführungen wies der Minister darauf hin, dass zum politischen Pessimismus kein Anlass vorläge. Zwar wolle er den Erfolg der Nationalsozialisten am 14. September keineswegs unterschätzen, aber schliesslich sei dadurch auch in Deutschland nicht die Welt auf den Kopf gestellt. Nur feiger Fatalismus von Krämerseelen, die nicht gewohnt seien, für Ideale zu opfern, würde vor politischem Unverstand kapitulieren. Die Nationalsozialisten wollten nicht nur die bisherige aussenpolitische Arbeit Deutschlands herunterreissen, sie wollten auch die Unterdrückung der gewonnenen demokratischen innerpolitischen Freiheit. Aber nur im Zeichen der Demokratie könne Deutschland in der Welt sich durchsetzen. So stark auch die radikalen Parteien bei den letzten Reichstagswahlen geworden seien, hinter ihnen stände nicht die Mehrheit des deutschen Volkes und würde sie auch in Zukunft nicht stehen. Deshalb gelte es, die Dinge nicht treiben zu lassen, sondern ihnen mit Zuversicht und Sicherheit entgegenzutreten. Der Spuk werde verfliegen, wenn das Volk merke, dass es in der Leitung des Staates kein Schwanken gebe. So müsse der Kampf geführt werden mit allen Mitteln der Aufklärung, um zu überzeugen, dass der Sieg der Nationalsozialisten oder Kommunisten den Untergang der wirtschaftlichen inner- und aussenpolitischen Freiheit Deutschlands bedeuten würde.

Es müssten also, so betonte der Minister, in den vor uns liegenden schweren Monaten alle Mittel der Aufklärung, alle vorbeugenden Massnahmen erschöpft

werden. Aber daran dürfe kein Zweifel gelassen werden, dass gegen Gewaltanwendung es nur einscharfes Eingreifen der polizeilichen Macht des Staates gebe. Gegen Ungesetzlichkeiten, gegen Gewalt müsse der Staat mit allen seinen Machtmitteln seinen Willen zur Geltung bringen. Wenn unverantwortliche Elemente dazu herausfordern, soll unnachsichtlich durchgegriffen werden. Die Polizeiverwalter werden, so versicherte der Minister, dabei stets die volle politische und parlamentarische Deckung durch den Minister finden. Grundsatz müsse aber auch bleiben, dass der Schutz des Staates und der Staatsbürger Aufgabe des Staates und seiner Organe sei.

SPD. Stuttgart, 22. November (Eig. Drahtb.)
Auf der Strasse zwischen Fellbach und Waiblingen kam es zu einem schweren blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Zwei Nazileute und ein Kommunist wurden schwer verletzt. Insgesamt wurden 32 an dem Zwischenfall beteiligte Personen in Waiblingen verhaftet.

SPD. München, 22. November (Eig. Drahtb.)
Ein dreiprozentiger Lohnabbau wird in einem für die bayerischen Forstbetriebe gefällten Schiedsspruch verkündet. Die Stundenlöhne der Arbeiter über 20 Jahre sollen ab 1. Februar 1931 in den 4 Ortsklassen 73, 65, 61 und 58 Pfennig betragen. Die Tariflöhne der übrigen Arbeiter werden im gleichen Verhältnis gesenkt.

In der Begründung des Spruchs heisst es, dass die Lohn- und Preissenkungsaktion der Reichsregierung einen Versuch darstelle, dessen Gelingen fraglich, aber nicht ganz aussichtslos sei. Bei der Kürzung der Löhne könne aber nur mit aller Vorsicht vorgegangen werden, da man die ganz allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Betracht ziehen müsse. Da der Preisabbau für die wichtigsten Lebens- und Bedarfsmittel zurzeit noch in den Anfängen stecke, müsse man in der Minderung der Löhne Mass halten und dürfe vor allem nicht, sofort mit ihr beginnen.

SPD. Unter Führung der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen sind neuerdings Grundsätze für die Preisbildung von Gemüse und Obst festgelegt worden. Sie zielen darauf hin, die Spanne zwischen den Gross- und Kleinhandelspreisen zu verringern. Für Berlin ist eine Regelung dahin getroffen worden, dass unter Mitwirkung der städtischen Markthallendirektion eine Kommission täglich "angemessene" Kleinhandelspreise ermitteln soll. Dabei sollen Transport, Verderb usw. berücksichtigt werden. Die gefundenen sogenannten angemessenen Preise werden in geeigneter Weise, auch durch Rundfunk, bekannt gegeben. Für Ende der verfloßenen Woche hat man folgende Ladenpreise pro Pfund ermittelt: Weisskohl 5 bis 6 Pfennige, Wirsingkohl 5 bis 7 Pfennige, Rotkohl 5 bis 7 Pfennige, Mohrrüben, gewaschen, 5 bis 6 Pfennige, Kohlrüben 5-6 Pfennige, Rote Rüben 5 bis 6 Pfennige.

Die Reichsforschungsstelle wird sich mit dem Städtetag dahin verständigen, dass eine ähnliche Regelung auch in anderen Grosstädten getroffen wird.

SPD. Paris, 22. November (Eig. Drahtb.)
Die "Usine", das führende Fachblatt der französischen Eisen- und Stahlindustrie, protestiert auf das entschiedenste gegen den unbegründeten Wirtschaftsoptimismus der Regierung. Handelsminister Flandin hat vor wenigen Tagen

bei der Eröffnung des Landeswirtschaftsrats erklärt, dass die Weltwirtschaftskrise ihren Tiefpunkt überschritten habe und deutliche Zeichen einer Besserung zu bemerken seien.

Man dürfe sich wirklich keine Illusionen über die Konjunktur in Frankreich machen, schreibt nun das schwerindustrielle Blatt, das Ende der Wirtschaftskrise sei noch nicht abzusehen und in Frankreich besonders zeige die Konjunktur eine deutlich rückläufige Bewegung. Allein das Defizit von 7,7 Milliarden in der französischen Handelsbilanz und die starke Steigerung der Einfuhr von Fertigfabrikaten nach Frankreich um rund 17 Prozent zeigten die Schwäche des französischen Marktes. Dazu komme, dass das Steueraufkommen in den ersten 7 Monaten um 2 Milliarden hinter dem Vorjahre zurückgeblieben sei. In der Luxusindustrie herrsche seit Monaten die schwerste Krise sowohl bei den Pelzwaren, Lederwaren und Schuhen als auch bei den Schmucksachen. Der Diamantenhandel habe so schwere Verluste erlitten, dass die Bank von Frankreich erst dieser Tage rettend habe eingreifen müssen, um eine Serie von Bankrotten zu vermeiden.

Auch die Landwirtschaft leide - so schreibt die "Usine" weiter - schwer unter der allgemeinen Krise. Der Eisen- und Stahlindustrie gehe es relativ noch am besten. Aber auch sie habe ihre Produktion einschränken müssen, auch sie leide unter schwerster Preiskonkurrenz namentlich der Saarindustrie. Immerhin habe sie durch die Gewährung starker Treueprämien wenigstens einen Teil ihrer Kundschaft behalten und sich durch die Festungsbauten, die Koloniallieferungen und ähnliche Staatsaufträge für die Verluste einigermaßen Ersatz schaffen können. Die Kohlenpreise seien nur dadurch stabilisiert worden, dass die Saargruben ihre Dezemberpreise unverändert gelassen hätten. Die preisregulierende Rolle der Saargruben sei aber nur beschränkt, da die englische, belgische und sogar die polnische Konkurrenz mit jedem Tag schärfer werde. Nur die elektrotechnische und die Lokomotivbauindustrie in Frankreich seien zurzeit ausreichend und lohnend beschäftigt.

SPD. Rom, 22. November (Eig. Drahtb.)

Der grosse Feldzug der Regierung für eine Preissenkung, der nach der Senkung der Gehälter und Löhne einsetzte, hatte bisher nennenswerte Erfolge noch nicht zu verzeichnen. Eine Senkung der Preise für Brot, Mehl und einzelne Lebensmittel um knapp 10 % entsprach keineswegs dem Gehalts- und Lohnabbau. Endlich am Sonnabend hat der Feldzug einen beachtenswerten Erfolg aufzuweisen: die Hausbesitzer Italiens haben eine 10%ige Senkung der Mieten für Geschäftsräume und Wohnungen beschlossen. Eine ähnliche Senkung wird für alle Verkehrsmittel, Licht und Gas gefordert.

Der Ministerrat beschloss am Sonnabend eine Senkung der Beiträge, die von den Arbeitgebern an die Syndikate zu entrichten sind.

SPD. Paris, 22. November (Eig. Drahtb.)

Die Entgleisung des Schnellzuges Paris-Nantes, die durch den Absturz zweier Eisenbahnwagen in die Hochwasser führende Loire die Ausmasse einer grossen Katastrophe anzunehmen schien, hat glücklicherweise nur ein einziges Menschenleben gekostet. Lediglich der Zugführer, der mit der Lokomotive in den Fluss stürzte, ist ertrunken. Sein Körper wurde von den Fluten fortgetragen und konnte noch nicht gefunden werden. In den beiden Personenwagen, die in die Loire gefallen und binnen weniger Minuten vom Wasser überschwemmt worden waren, hielt sich nur ein einziger Passagier auf, dem es gelang, sich zu retten. Vier Reisende der folgenden Personenwagen wurden schwer verletzt.

Eine wahre Heldentat vollbrachte der Zugschaffner des verunglückten Schnellzuges, der trotz einer schweren Kopfverletzung unter Aufwand der letzten Kräfte

te in die nächste Station lief, um zu verhindern, dass weitere Züge auf die beschädigte Strecke abgelassen wurden. Nach der Ausrichtung fiel er ohnmächtig nieder und musste ins Hospital geschafft werden.

Einem Kommuniqué der Eisenbahngesellschaft Paris-Orleans zufolge ist die Entgleisung des Schnellzuges auf einen Schlammerdrutsch zurückzuführen, durch den die Schienen und der Bahndamm verschüttet und zum Teil zerstört wurden.

SPD. Köln, 22. November (Eig. Drahtb.)

Die Tabakfabrik von Arnold Boeningher in Andernach hat der ganzen Belegschaft, 60 Angestellten und 300 Arbeitern und Arbeiterinnen, zum 1. Januar 1931 gekündigt. Die Massnahme wird damit begründet, dass durch die kommende Tabakzollerhöhung der Verbrauch stark zurückgehen werde.

SPD. Stockholm, 22. Nov. (Eig. Drahtb.)

Zur Prüfung der fiskalischen Ausgaben und Abfassung von Sparvorschlägen ist von der schwedischen Regierung eine aus 3 Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt worden, die das gesamte schwedische staatliche Ausgabenwesen auf Sparmöglichkeiten hin untersuchen soll.

SPD. Köln, 22. November (Eig. Drahtb.)

Infolge der starken Regengüsse im Oberrhein- und im Saar-Mosel- und Maingebiet ist der Rhein am Sonnabend von Stunde zu Stunde um etwa 9 cm gestiegen. Auch von der Saar kommen Hochwassermeldungen. In Saarbrücken stehen der Flugplatz und die Saaranlagen völlig unter Wasser. Erheblichen Umfang haben die Ueberschwemmungen in Saarlouis angenommen. Dort gleicht die Landschaft einem weiten See. Auch die Nebenflüsse der Saar sind über die Ufer getreten. Bei Ludweiler brach der Deich des Jakobweihers. Die Wassermassen ergossen sich in das Dorf, wo Keller und Ställe überflutet wurden. Nur mit Mühe gelang es, das Vieh aus dem Wasser zu retten. In Webenheim wurde durch einen Bergrutsch ein Haus schwer beschädigt.

Die Wupper führt ebenfalls Hochwasser. Bei Schloss Burg an der Wupper sind die Wiesen und Gärten überschwemmt. Hier stehen auch die Keller meterhoch unter Wasser.

SPD. Amsterdam, 22. November (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Dampfer "Emsstrom" strandete am Sonnabend bei Hochwasser in dem neuen Wasserweg zwischen Hoch van Holland und Rotterdam. Die Lage des Schiffes, das 4500 Bruttotonnen misst und in Emden beheimatet ist, erscheint nicht ungefährlich, da das Schiff bei zunehmendem Sturm weit auf den Strand geworfen werden kann. Direkte Gefahr für die Mannschaft, die sich an Bord des Schiffes befindet, besteht vorläufig nicht. Zahlreiche Schleppboote führen sofort zur Hilfeleistung aus.

SPD. Ueber die Neuregelung der Exportprämien für Vieh wird folgendes mitgeteilt: "Der Reichsminister der Finanzen hat durch Verordnung vom 22. November 1930 auf Grund des Artikels 5 III des Gesetzes über Zolländerungen vom 15. April 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 131) bestimmt, dass Anmeldungen zur Aus-

Einfuhr von lebendem Rindvieh, lebenden Schafen und von Rind- und Schaf-
fleisch in luftdicht verschlossenen Behältnissen mit dem Anspruch auf Er-
teilung von Einfuhrscheinen mit Wirkung vom 27. November 1930 an nicht mehr
zulässig sind."

SPD. Bochum, 22. November (Eig. Drahtb.)

Der Aufsichtsrat der Hoesch-A.G. beschloss die Fusion mit dem durch Inte-
ressengemeinschaft verbundenen Köln-Neueschener Bergwerksverein. Zu diesem
Zweck erhöht Hoesch sein Aktienkapital um 71 Millionen, das entspricht dem
Aktienkapital von Köln-Neueschen. Die Aktien werden im Verhältnis 1 zu 1 umge-
tauscht. Ausserdem erhalten die Aktionäre von Köln-Neueschen eine Dividende
im voraus und für je 3000 Mark Aktien für Köln-Neueschen eine Hoesch-Aktie im
Nennwert von 300 Mark. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft, die am 1. Juli
1931 eröffnet, beträgt 142 760 000 Mark. An Dividende für das abgelaufene Ge-
schäftsjahr werden verteilt bei Hoesch 6 % (im Vorjahre 7%), bei Köln-Neu-
eschen $6\frac{1}{2}$ % (im Vorjahre $7\frac{1}{2}$ %).

SPD. Lugano, 22. November (Eig. drahtb)

Der antifaschistische Flieger Bassanesi wurde am Sonnabend von dem Bundes-
strafgericht der Uebertretung der vom Bundesrat erlassenen Vorschriften über
den internationalen Flugverkehr schuldig befunden und zu vier Monaten Gefängnis
verurteilt. Die $3\frac{1}{2}$ Monate lange Untersuchungshaft wird Bassanesi voll angerech-
net, sodass er bereits Ende November aus der Haft entlassen werden muss. Die
Mitangeklagten Bassanesis wurden freigesprochen.

SPD. Schwelm, 22. November (Eig. Drahtb.)

Der Direktor des Reichswohlfahrtsamtes in Schwelm, Lützenkirchen, der sich
wegen Verdachtes der Unterschlagung in Untersuchungshaft befindet, hat gestan-
den, seit 1927 insgesamt 70 000 Mark unterschlagen zu haben.

SPD. Neustrelitz, 22. November (Eig. Dr.)

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat dem Landtag eine Vorlage über
den Anschluss des Landes an Preussen zugehen lassen. Die Vorlage sieht als Ter-
min der Vereinigung den 1. April 1931 vor.

Die Gebiete Stargard und Ratzeburg sollen nach dem Plan der Regierung den
benachbarten preussischen Provinzen angegliedert werden. Die drei Ämter von
Mecklenburg-Strelitz würden dann als preussische Kreise innerhalb dieser Pro-
vinzen übernommen werden. Preussen soll bei der Uebernahme des Staatsvermö-
gens die Hälfte der Erbpachten und Grundzinsen erlassen und die andere Hälfte
gegen eine billige Ablösungssumme in etwa 10 Jahren freigeben. Der zu bilden-
de Gemeindezweckverband soll für 10 Jahre von der Grundvermögenssteuer be-
freit werden. Ausserdem soll Preussen noch einige kleinere Verbindlichkeiten
übernehmen.

SPD. Die preussische Staatsregierung ist entschlossen für die Reichshauptstadt einen Staatskommissar einzusetzen, falls die Berliner Stadtverordnetenversammlung die von dem Magistrat beantragten Steuererhöhungen ablehnen sollte. Als Staatskommissar in Aussicht genommen ist der Leiter der Kommunalabteilung im Oberpräsidium für Berlin und Brandenburg Oberregierungsrat von Stein.

SPD. Genf, 22. November (Eig. Drahtb.)

Während die deutsche Delegation auf der Vorbereitenden Abrüstungskommission durch ihre Ablehnung einer Kontrolle der direkten Herabsetzung von Landrüstungen eine Mehrheit für diese Methode verhindert hat, bestand sie am Sonnabend auf die Veröffentlichung der Ziffern für ausgebildete Reserven, also auf eine direkte Kontrolle von wesentlich geringerer Wirkung. Die Kommission ging über diesen Antrag hinweg und beschloss den Austausch von Mitteilungen über Zahl und Dienstzeit der aktiven Truppen, einschliesslich der Milizen und der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung. Italien wehrte sich gegen das Wort obligatorisch und Bernstorff erklärte, dass er für Italiens Streichungsantrag gestimmt hätte, wenn er sich nicht infolge seines allgemeinen Vorbehaltes hätte enthalten müssen. Ueber die gegenseitige Veröffentlichung des Kriegsmaterials konnte man sich noch nicht verständigen. Darüber wird wieder eine Unterkommission mit Militärsachverständigen beraten.

SPD. Sofia, 22. November (Eig. Drahtb.)

In der Stadt Haskowo, einem der südbulgarischen Tabakzentren, sind über 1000 Arbeiter der Orienttabakgesellschaft in den Streik getreten, da die Arbeitgeber ohne jede Ankündigung einen Lohnabbau von durchschnittlich 35 Proz. vorgenommen haben. Da auch die übrigen Tabakindustriellen eine entsprechende Lohnsenkung beabsichtigen, muss mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks gerechnet werden. In Südbulgarien sind gegenwärtig insgesamt gegen 20 000 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt.

Das Vorgehen der Fabrikanten ist ebenso schändlich wie unmenschlich, da die Tabakarbeiter bereits schmachvolle Hungerlöhne erhalten. So beträgt der Spitzenlohn für einen gelernten Arbeiter täglich 80 Lewa = 2,40 Mark, der nunmehr auf 50 Lewa = 1,50 Mark herabgesetzt werden soll. Wenn man dagegen hält, dass ein Familienvater mit drei Kindern ein Existenzminimum von nahezu 150 Lewa benötigt, so kann man ermessen, wie grauhaft bereits die Not der ausgepowerten Tabak-Proletarier ist, die jetzt noch ins Groteske gesteigert werden soll. Die Regierung, die nur ein williges Werkzeug in den Händen der Kapitalisten ist, zeigt sich bisher gegenüber diesen unmenschlich hungernden Elendsgebieten völlig gleichgültig. Sie organisiert rauschende Feste - Millionen sind für den Empfang des neuvermählten Königs verausgabt worden -, während die Arbeiter hungern und schikaniert werden.

SPD. Hindenburg, 22. November (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Sonnabend entstand in Hindenburg nach einer nationalsozialistischen Versammlung zwischen Anhängern der KPD und der Nationalsozialisten eine regelrechte Strassenschlacht. Heimkehrende Nationalsozialisten stiessen in einer Nebenstrasse auf Kommunisten. Es entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Verlauf ein bisher unbekannter Mann durch einen Herzschuss getötet wurde. Ein Nationalsozialist erlitt schwere Verletzungen. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos rissen die Rowdies aus.

Am Tatort fand man 5 Patronen und etwa 15 Hülsen vor. Der unbekannte Tote hatte in seinen Taschen zahlreiche Patronen.

SPD. In der Sonnabendsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurden die Teile der Notverordnung des Reichspräsidenten besprochen, die den Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 8000 Mark, den Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen, den Finanzausgleich und die Tabaksteuer betreffen.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer solcher Personen, die ein Einkommen von mehr als 8000 Mark versteuern, soll nach der Verordnung 5 Prozent betragen. Abg. Dr. Hertz (Soz) erklärte hierzu, dass die Sozialdemokratie nach wie vor einen zehnpromzentigen Zuschlag für richtiger halte. Es sei dagegen eingewandt worden, dass dadurch der Maximalsteuersatz auf 40 Prozent steige und als Folge eine erhöhte Kapitalflucht zu befürchten sei. Er könne diesen Einwand nicht als stichhaltig anerkennen. Es sei unzweifelhaft, dass die Kapitalflucht weniger beeinflusst werde durch die Sucht, Steuern zu hinterziehen als aus Sorge um die Sicherung des Kapitals und die Währung. Die Ereignisse nach dem 14. September hätten diese Auffassung bestätigt. Es sei daher auch jetzt noch richtig, den Zuschlag statt auf 5 auf 10 Prozent zu erhöhen. Im einzelnen legte Dr. Hertz dann dar, dass ein Einkommen von z.B. 2600 Mark weit höher belastet werde als ein Einkommen von über 8000 Mark.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen soll erhoben werden von Personen, die nicht verheiratet oder verwitwet oder geschieden sind, vorausgesetzt, dass aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Auch gegen die Konstruktion dieser Steuer erhob Dr. Hertz (Soz) schwere Bedenken. Sie verlasse die Grundsätze, auf denen das ganze deutsche Steuersystem bisher aufgebaut worden sei und weiche ab von dem einzigen richtigen Grundsatz der Leistungsfähigkeit. Die Leistungsfähigkeit, nicht der Personenstand müsse massgebend sein für die Erhebung von Steuern. Kaum eine Steuer habe so viel Erbitterung hervorgerufen wie diese und er glaube, dass die Regierung selbst bald dazu werde kommen müssen, die Steuer aufzuheben. Auch bei der Ledigensteuer werde der unbemittelte Ledige prozentual höher besteuert als der Bemittelte.

Am Dienstag soll der Abschnitt über die Erschliessung von Einnahmen für die Gemeinden besprochen werden.

SPD. Magdeburg, 22. November (Eig. Draht.)

Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, spricht am 18. Dezember Adolf Hitler in Magdeburg in einer öffentlichen Versammlung. Ortsverein und Gau Magdeburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben beschlossen, Hitler in der Diskussion entgegenzutreten. Die Anbiederungsversuche der Nationalsozialisten und des "Stahlhelm" an den italienischen Faschismus seien vom nationalen Standpunkt aus so befremdlich, dass darüber eine öffentliche Auseinandersetzung herbeigeführt werden müsse. Auch die Begleitumstände der Annäherung der beiden deutschen nationalistischen Organisationen an den Faschismus bedürften nach den verschiedensten Seiten hin einer restlosen Aufklärung.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Ketzler des 20. Jahrhunderts.

Abbé Turmel, der Geistliche mit den 14 Pseudonymen, vom Papst in Bann erklärt

SPD. Der Heilige Stuhl hat über den 71jährigen Abbé Turmel in Rennes den grossen Kirchenbann verhängt. Es ist das die härteste Form der Exkommunikation. Der Pfarrer ist nicht nur seiner Soutane entkleidet; er ist gewissermassen ausser Kirchengesetz gestellt, für vogelfrei erklärt, darf keinem Gottesdienste beiwohnen, tut er das, so wird er mit Schmach und Schande vertrieben, weigert er sich zu gehen, so wird er verhaftet. Niemand darf weder in mündlichen noch in schriftlichen Verkehr mit ihm stehen. Es ist verboten, mit ihm gemeinsam zu speisen. Kein gläubiger Katholik darf ihn auf der Strasse grüssen. Weshalb aber die strenge Strafe für den 71jährigen Abbé Turmel?

Das Aufbegehren des jungen Pfarrers.

Der erste Gewissenskonflikt des Pfarrers Turmel, gleichzeitig ein Konflikt mit der offiziellen Kirche, liegt 38 Jahre zurück. Als Professor der Theologie hielt er nicht mit seinen Zweifeln an gewissen Dogmen der katholischen Kirche zurück. In seine jungen Zuhörer kam Unruhe und Verwirrung, seine Vorgesetzten witterten Gefahr, der Lehrstuhl wurde ihm entzogen. Er unterwarf sich der Kirche, versprach, in Zukunft von ihren Lehren in keinem Punkt abzuweichen und wurde wieder in sein Amt eingesetzt. Er hielt Messen ab, taufte die Neugeborenen, lehrte Kinder die Katechisis, traute die jungen Liebenden, gab ihnen Worte christlicher Ermahnung mit auf den Lebensweg, predigte von der Kanzel, wurde Beichtvater in einer Frauenkongregation. Niemand konnte ihm auch nur das Geringste nachsagen. In Wirklichkeit hatte er mit seinen Zweifeln nicht gebrochen. Die Fesseln, die man ihm auferlegt, reizten ihn zum Trotz, spornten ihn zum Kampf an, er beehrte noch heftiger auf als früher. Er konnte nicht schweigen. Er musste schreiben. Er wählte Pseudonyme...

Der Schwur des Verdächtigten.

Turmel zog die heiligsten Dogmen und Mysterien der katholischen Religion in Zweifel, erklärte das Evangelium Johannis für unecht, bestritt die Gottheit Christi, die unbefleckte Empfängnis und das Sakrament der Messe. 1918 stieg der erste Verdacht wegen seines Doppellebens auf. Der Bischof Duchin entlarvte es. Er erklärte, dass die Pseudonyme Herzog, Dupin und Lellin Turmel gehörten. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Der Abbé Turmel sollte sich rechtfertigen. Unter Anrufung Gottes beschwor er seine Unschuld; die inkriminierten Bücher würden nicht von ihm stammen. Abbé Turmel konnte ruhig im Namen Gottes falsch schwören; er glaubte ja nicht mehr an Gott.

1909, 1910, 1911 erscheinen sieben neue Bücher unter den verschiedensten Pseudonymen. Unmittelbar nach ihrem Erscheinen kamen sie auf den "Index" - auf die Liste der von der Kirche verbotenen Schriften. Sie wurden gelesen, stifteten Unglauben und gefährdeten die Autorität der katholischen Kirche.

Ein Leben zwischen Gott und Teufel.

So ging es Jahre hindurch. Tagsüber erledigte der Pfarrer die Pflichten eines Geistlichen, zelebrierte, nahm Beichten der Sünder entgegen, diente Gott und Jesus Christus; abends, in seinem Studierzimmer, vergraben in dicke Folianten, arbeitete er an seinen Manuskripten. Nachts hatte der "Herr der Hölle" über ihn Gewalt, und der "Gott" des Tages war machtlos; es war, als wäre der Pfarrer in zwei Teile gespalten. "Gott" und "Teufel" kämpften in ihm und Gott unterlag. "Gott ist ein Ungeheuer", hiess es in einem seiner Bücher, und die Idee des

Gottes ein Alldrück, geboren aus Wahnsinn". Mit dem ersten Morgengrauen verflüchtete sich der "Teufel" und wieder kniete der greise Pfarrer bei der Morgenmesse voll Inbrunst vor dem gekreuzigten Christus.

Die Entlarvung.

Vielleicht war es mehr als blosser Zufall, was Pfarrer Turmel zum Verhängnis wurde. Vielleicht gelüstete es ihn, dem Spiel, das er mit der Kirche trieb, die Krone aufzusetzen, durch Selbstentlarvung den höchsten Triumph seines Lebens zu geniessen. Den Kampf, den die feindlichen Mächte in ihm selbst miteinander ausfochten, trug er nun nach aussen. Unter dem Pseudonym Louis Coulange und Hyppolyt Gallerand griff er sich selbst an - sich, den Pfarrer Turmel. Die Spaltung der Persönlichkeit des Abbés hatte den Höhepunkt erreicht.

Da geschah das Entscheidende. Der Professor der Theologie an der Strassburger Universität Abbé Rivier, verfasste eine Kritik des Gallenrandschen Buches. Turmel, durch den Inhalt des Artikels verletzt, richtete an den Abbé Rivier einen Brief mit der Unterschrift Gallerand. Zugleich mit diesem Schreiben traf über in der Redaktion der theologischen Zeitschrift, deren Redakteur Abbé Rivier war, ein Brief des Abbés Turmel ein, unterzeichnet mit seinem richtigen Namen. Die Ähnlichkeiten der Handschriften war unverkennbar. Der Abbé Rivier berichtete unverzüglich an den Vatikan. Eine Kommission wurde eingesetzt. Handschrift, Stil, wissenschaftliche Schreibweise und manches andere liessen keinen Zweifel: Abbé Turmel hatte jahrelang ein frevelhaftes Doppelspiel getrieben. In zwei Briefen an den Kardinal von Rennes, Charot, gestand er, was er fast vierzig Jahre verleugnet. Unter 14 Pseudonymen hatte er eine grosse Anzahl anti-religiöser Bücher und zahlreiche Artikel veröffentlicht.

"Meine eigene Vorstellung".

Jetzt war Abbé Turmel frei. Er gedachte nicht, sich zu beugen. "Ich bin ein Mensch der Wissenschaft. Die Meinung der Welt kümmert mich nicht. Ich bleibe bei jedem Wort, das ich geschrieben, ich habe nichts zu beichten. Ich bin überzeugt, dass die Evolution der Religion notwendig und unausbleiblich ist. Wenn ich mit der Kirche nicht gebrochen habe, so nur, weil ich einen Skandal vermeiden wollte. Meine Schriften waren nicht für das grosse Publikum geschrieben. Nach wie vor bin ich Pfarrer. Denn das Amt ist mir auf Ewigkeit verliehen. Ich habe nur meine eigene Vorstellung von Gott, die auf meinen wissenschaftlichen Forschungen beruht."

Der Heilige Stuhl hat dem Abbé Turmel den Weg zur Rückkehr in den Schoss der Kirche offen gelassen; er braucht nur wahre Beweise seiner Reue zu bringen und ein öffentliches Bekenntnis seiner Irrtümer abzulegen. Dann könnte er der Kirche angehören gleich jedem Laien, nicht jedoch als Pfarrer. Der Abbé Turmel denkt nicht daran!...

Ein Sadist des Geistes?

Der Fall des Abbé Turmel steht einzig da. Der Bann, der über ihn gesprochen, heisst "vitandus". Nur fünf Lebende stehen augenblicklich unter ähnlichem Banne des Heiligen Stuhls.

Aber warum hat nun Abbé Turmel Jahrzehnte hindurch sein Doppelspiel getrieben? Vielleicht aus sadistischer Lust an der Macht, die er als Pfarrer an den gläubigen Menschen übte - indem er ihr seelischer Hirte war und sie gleichzeitig durch seine Schriften der "ewigen Verdammnis" auslieferte.....?

Der Fall des Abbé Turmel steht einzig da.

+ + +
"Geschäfte Zug um Zug".

Die Fortsetzung des Lindemann-Prozesses oder: Geschichten von der Waterkant.

SPD. Der Berliner Spritschmuggler-Prozess stellt ausser den recht kapitalistischen Lindemannern auch drastische Vertreter aus der anderen, ärmeren Welt ins Scheinwerferlicht des öffentlichen Interesses. Neben den wohlgenährten Gestalten aus der Spiritus-Branche, sitzen ein halbes Dutzend Proletarier von der Waterkant, kleine Fischer und Seeleute. Grobe, derbgesichtige Gestalten, die in ihren abgetragenen Sonntagsanzügen etwas ungeschickt und verlegen aussehen. Redau-

ernswerte Opfer des grossen Schieberkonsortiums, die für die paar Mark, die sie bekamen, ihren Kopf zuerst hinhalten mussten. Stumm sitzen sie da, ergeben in ihr Schicksal, das sie aus kleinen Fischerdörfern nach Berlin ins Kriminalgericht führte. Der Begriff der Zollgrenze scheint auf See im wahrsten Sinne des Wortes verwässert zu sein. Zu Beginn der Sitzung fragt der Vorsitzende den Angeklagten Bauer: "Sagen Sie, wie war es möglich, dass Sie so ungehindert über die Grenze kommen konnten?" Bauer erklärt zynisch: "Es war ja niemand da. Herr Vorsitzender, Sie können mit Leichtigkeit ein vierstöckiges Haus über die Grenze bringen. Es ist gar kein Kunststück." Der Vorsitzende lächelt.

Helfershelfer.

Ein Unteragent der Schmuggler stellt sich vor: ein jüngerer intelligenter Geschäftsmann, dessen Aufgabe war, den Sprit an den Mann, d. h. an den Verbraucher zu bringen. Er beklagt sich bitter über den geringen Verdienst. Seine Provision, bemerkt er, sei keine Entschädigung für die anstrengenden Bemühungen eines Kleinschiebers. Im übrigen bezeichnete er die Spritverkäufe als Geschäfte "Zug um Zug", also Geld=Ware. Den Sprit hat er für 4,25 Mark an die Verbraucher abgegeben. Er betont mit aller Entschiedenheit die Legalität seiner Geschäfte. Freie Spritkäufe seien durchaus üblich. Um so bemerkenswerter ist aber der Umstand, dass seine Abnehmer weder eine Rechnung erhielten, noch den von ihm bezogenen Sprit in die Betriebsbücher eingetragen haben. Ein anderer Helfershelfer ist Schiedeck, ein ganz energischer Typ. Garagenbesitzer im Baerischen Viertel in Berlin. Er hat die Wagen für die Sprittransporte geliefert, und weiter den Sprit in Benzinfässern von einer Garage zu Zabel transportiert. Die Aufträge dazu erhielt er von Zabel und Gustav Lindemann. Auch ist er einmal mit Bauer und Zabel mit zwei Autos, die er stellte, nach Schwedt a/O. gefahren, um von der "Inge", die dort lag, Sprit in Kanistern zu holen. Gleich darauf flog die ganze Sache auf und Schiedeck wurde festgenommen.

Spaziergang nach Mitternacht.

Ein Herr Otto - blonder Schnurrbart - dem man den Unteroffizier schon von weitem anmerkt, im übrigen ein hausbackener Biedermann, fährt im Lastkraftwagen mit zwei Herren namens Schreiber und Hartmann nach dem Hafen. Angekommen, wurde er von den Herren aufgefordert, sich etwas die Beine zu vertreten. Er ging also in tiefer Mitternacht, nicht einmal der Mond schien, am Bollwerk spazieren. Plötzlich kam ein Schiff, legte an - und er sah, dass Kanister ausgeladen wurden. So ungefähr lautete seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter. Heute weiss er von alledem nichts mehr. Es sei stockdunkel gewesen. "Was haben Sie sich denn gedacht, dass da nach Mitternacht noch ein Boot kommt? Haben Sie sich nicht gewundert, dass Sie spazieren gehen sollten?" Für diese Frage des Vorsitzenden hat er nur ein naives Erstaunen.

Alle ehrliche Seeleute.

Nun erscheinen die Gestalten von der Waterkant: Fischer und Seeleute, Proletarier, die durch soziale Not, von der Aussicht auf Arbeit und Verdienst verführt, Opfer dunkler Geschäfte geworden sind. Da ist Dräger, ein oller ehrlicher Seemann, der ein kaum verständliches Privatplatt spricht. Er hat zusammen mit anderen, die er nicht kennen will, beim Ausbooten der Schmugglerware geholfen. In stockdunkler Nacht ging das alles vor sich. Fischkutter übernahmen den Sprit vom Schmugglerschiff und brachten ihn an Land, wo schon Lastautos bereit standen.

Am Schluss der Verhandlung ereignet sich noch ein heiterer Zwischenfall. Der eben vernommene Angeklagte Dräger hat zwei Fischer, die Schmiedeberg und Brünemann heissen, der Teilnahme am Spritschmuggel beschuldigt. Sie sind auch vorgeladen worden, aber bei ihrer Vernehmung stellt sich heraus, dass es in der Gegend allein gegen 35 Schmiedeberge und etwa 15 bis 20 Brünnemänner gibt. Die beiden Vorgeladenen behaupten mit aller Entschiedenheit, dass sie die Falschen sind. Die Nuss der Aufklärung des schwierigen Falles bleibt noch zu knachen.

+ + +

Gertrud Frenzels erotische Träume. Im weiteren Verlauf des Frenzel-Prozesses erstattete der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Max Marcuse ein Gutachten, in dem sich der Sachverständige darüber äusserte, ob dem Angeklagten, die ihm zur Last gelegten Sexualverbrechen zuzutrauen seien. Sanitätsrat Marcuse verneinte diese Frage. Er führte aus, dass der Typ eines Sexualverbrechers ganz andere Merkmale aufweise als Frenzel, dessen sexuelle Persönlichkeit nicht an die Tat, auf deren Verdacht die Anklage basiert, glauben lassen könne. Die belastenden Angaben Gertruds hält der Sachverständige für unwahrscheinlich und unwahr. Ihre Schilderungen von den angeblichen Vorgängen müssten objektiv falsch sein, denn die Darstellungen, die Gertrud gegeben habe, wären mit den bisherigen sexualwissenschaftlichen und medizinischen Erfahrungen einfach unvereinbar. Bei Gertrud Frenzel müssten nach seiner Auffassung erotische Träume vorliegen, die ihr auch durch das Verhalten ihrer Umgebung zu einer gewissen inneren Wahrheit geworden sein mögen. Der tatsächlich vorhandene Hass gegen den Vater, von dem sich Gertrud Frenzel missverstanden fühlte, habe vermutlich Gertrud in ihrem Verhalten bestärkt. Es sei schwierig, meinte der Sachverständige weiter, bei Gertrud Frenzel die Grenzlinie zwischen tatsächlich Gelo-gem und Geträumten und somit von ihr Geglaubtem zu ziehen. Bezüglich Hilde Frenzel glaubt der Sachverständige genügend Anhaltspunkte für die Annahme zu haben, dass ihre ersten Beschuldigungen nicht wahr gewesen seien, und dass die Ent-lastung, die sie seit Beginn der beiden Frenzel-Prozesse ihrem Vater zuteil wer-den lasse, subjektiv und objektiv der Wahrheit entsprächen. - Am Montag werden die von der Staatsanwaltschaft geladenen Sachverständigen Dr. Plaut und Placzek ihre Gutachten erstatten.

+ + +

Urteil im zweiten Weissenberg-Prozess. Das Urteil im zweiten Weissenberg-Prozess hat die moralische Erledigung des "Weisskäse-Propheten" von Berlin ge-richtsnotorisch gemacht: der von Weissenberg wegen Beleidigung verklagte Re-dakteur Preuss wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit freigesprochen. Der An-geklagte hatte in seiner Zeitschrift, in der er einen heftigen Kampf gegen das Kurpfuschertum führt, die Tätigkeit Weissenberg als gemeingefährlich bezeich-net. Dadurch, dass das Gericht den Angeklagten freigesprochen hat, hat es sich dessen kräftigen Vorwurf zu eigen gemacht. Das Gericht glaubte sich hierzu aufgrund der Ergebnisse der Beweisaufnahme berechtigt. In der Urteilsbegründung heisst es über Weissenberg: "Der Privatkläger übt eine ausgedehnte Tätigkeit als Heilmagnetiseur aus. Die grosse Gefahr bei dieser Tätigkeit besteht darin, dass der Privatkläger ohne jede Untersuchung der Patienten vielfach Mittel verordnet, die zwar oft recht einfach, aber durchaus nicht immer heilkräftig sein mögen. Besonders das im Gerichtssaal erlebte Experiment mit dem Justiz-wachtmeister hat gezeigt, dass Weissenberg an die Stelle medizinischer Kennt-nisse alle möglichen hohlen Redensarten setzt. Es erscheint zwar nicht ausge-schlossen, dass Weissenberg mit Hilfe seiner einfachen Mittel und seiner sug-gestiven Beeinflussung wie Teufelsschwur und Gebete gelegentlich Heilerfolge besonders bei Psychopathen und Neurotikern erzielt, aber selbst, wenn solche Heilerfolge bisweilen erzielt werden, so stehen ihnen doch eine grosse Anzahl anderer Fälle gegenüber. Auch wenn die einzelnen Mittel nicht unbedingt schäd-lich sind, so werden die Patienten doch abgehalten, sich rechtzeitig in ärzt-liche Behandlung zu geben, und durch die grob suggestive Einwirkung des Weis-senberg wird insbesondere die Gefahr schwerer seelischer und geistiger Schä-digungen heraufbeschworen. Eine besondere Gefahr liegt auch in der engen Ver-quickung Weissenbergscher Heilmethoden mit religiösem und mystischem Kultus. Bei dem eigenartigen Kult in Weissenbergs Gemeinschaft geraten zur Hysterie neigende Frauen leicht in Verzückerung. Daher kann die Tätigkeit Weissenbergs tatsächlich als gemeingefährlich angesprochen werden.

+ + +

Wilde Tiere als schlechte Seereisende. Wie die Direktion des Pariser Naturhistorischen Museums mitteilt, sind fast alle exotischen Tiere, die mit grosser Mühe in dem Naturpark der Kolonialausstellung in Afrika gefangen worden waren, auf dem Transport nach Frankreich verendet. Die Tiere wurden auf einem Frachtdampfer verladen, vertrugen die Seefahrt aber äusserst schlecht. Alle Krokodile und Schildkröten sind eingegangen. Selbst das robuste Grosstier, wie Giraffen und Elefanten, hat sehr unter der Seekrankheit gelitten. Von dem ganzen Transport sind eine Giraffe und ein Strauss lebend in Paris angekommen.

+ + +
Winterkatastrophe in Schweden. Aus Norbotten (Nordschweden) werden schwere von Uberschwemmungen begleitete Schneestürme gemeldet. Grössere Landstrecken sind unter Wasser gesetzt. Der Verkehr ist stellenweise lahmgelegt.

+ + +
Doppeltes Todesurteil. Das Schwurgericht vom Unter-Elsass verurteilte den Deutschen Fulle und seine Freundin Leonie Scheibel, die am 11. Februar dieses Jahres gemeinsam einen Strassburger Taxichauffeur ermordet und beraubt hatten, zum Tode.

+ + +
Segler gesunken. Infolge heftiger Stürme an der Küste der Bretagne ist das Segelboot "Beluga" unweit der Küste untergegangen. Drei Mann der Besatzung sind ertrunken, die übrigen wurden von einem Postdampfer an Bord genommen.

+ + +
Vermisster Dornier-Superwal. Der italienische viermotorige Dornier-Superwal, der den Personenverkehr in den Mittelmeerstationen Genua, Marseille und Barcelona besorgt und am Freitag abend Barcelona in Richtung Marseille verlassen hat, ist in der südfranzösischen Hafenstadt nicht eingetroffen. An Bord befanden sich fünf Mann Besatzung und drei Passagiere. Drei Torpedoboote aus Toulon sind auf die Suche nach dem vermissten Flugzeug ausgesandt worden.

+ + +
Erdbeben in West-Albanien. Ein etwa 20 Sekunden dauerndes Erdbeben verwüstete mehrere Ortschaften Westalbaniens. 50 Personen sind getötet, 200 verletzt worden. Etwa 2000 Menschen verloren ihr Obdach.

+ + +
Gefängnisurteil gegen Lübben. Der bekannte völkische Sadist Dr. Lübben, der erst kürzlich wegen verschiedener Sittenvergehen, begangen an den jugendlichen Mitgliedern seines merkwürdigen Marine-Sportklubs am Stössensee bei Berlin, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden ist wurde, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg mit weiteren drei Monaten Gefängnis bestraft. Diese zweite Verurteilung beruht auf dem Tatbestand des Vergehens gegen das Sprengstoff- und Schusswaffengesetz. In dem Heim des Lübbenschen Marinesportklubs, der in Wirklichkeit nichts weiter als eine Tarnung des verbotenen Wiking-Bundes darstellte, wurde nämlich eine beträchtliche Quantität von Schusswaffen und Munition gefunden, die jetzt eingezogen und unbrauchbar gemacht werden sollen.

+ + +
Todesantrag gegen Baginski-Libuda. Im Schneidemühler Mordprozess, in dem um die Ermordung des Kaufmanns Lasch aus Chemnitz durch die Angeklagten Baginski und Libuda verhandelt wird, stellte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Heise den Todesantrag gegen beide Angeklagte, die er des Mordes bzw. der Mittäterschaft in Tateinheit mit Raub für überführt hält.

+ + +
Korrigierter Justizirrtum. Im Wiederaufnahmeverfahren vor dem Altonaer Schwurgericht wurde eine Kontoristin aus Wandsbeck, die vor einem Jahr wegen angeblichen Meineids zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, freigesprochen. Freilich hat die Rehabilitierte ein Jahr der Strafe bereits verbüsst...

Gewerkschaftliche Kündschau ✘

Herunter mit den Preisen!

Aufruf der Gewerkschaften zur Mithilfe.

SPD. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften veröffentlichen folgenden Aufruf:

Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Sie fordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einsatz aller Abwehrkräfte. Neben die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und die anderen Massnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muss die Sorge um die Erhaltung der Massenkauftkraft treten. Nur auf diesem Wege kann die weitere Verschlechterung der Konjunktur verhindert und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgreich vorbereitet werden.

Ein scharfer Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmerschichten hat bereits eine empfindliche Senkung der Lohn- und Gehaltseinkommen herbeigeführt. Das Preisniveau dagegen hält sich immer noch auf einer nicht zu rechtfertigenden Höhe. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muss wirksamer gestaltet werden, insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Massenbedarfs.

In Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgabe fordern die unterzeichneten Spitzenverbände alle ihre Unterorganisationen im ganzen Reich bis hinab zur kleinsten Gemeinde auf, sich an ihrer Durchführung tatkräftig zu beteiligen. Das Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte von Nord bis Süd, von Ost bis West kann den erhofften Erfolg bringen. Darum ergeht unser Ruf an alle unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr, in den Betrieben und Verwaltungen.

Organisiert eine gemeinsame Bekämpfung der unberechtigt hohen Lebenshaltungskosten! Stellt Euch den Behörden zur Verfügung!

Arbeitet zusammen mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher!

Fördert die direkten Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, die die Lebensmittel erzeugt, und der Bevölkerung, die sie verbraucht!

Sichert Euch gegen Uebervorteilung durch ständige Kontrolle der Preise von Laden zu Laden, von Stadt zu Stadt!

Vergleicht die Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen, damit die Zwischenhandelsspanne verringert wird!

Stellt die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mitsamt ihren Bezugsstellen, damit die Hausfrau weiss, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann!

Ruft die Hausfrauen auf, dass auch sie sich in den Dienst der Sache stellen!

Seid wachsam und regsam! Angesichts der furchtbaren Not ist jede tatkräftige und umsichtige Mitarbeit notwendig und willkommen. Beteiligt Euch an dem grossen Werke, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen und der deutschen Wirtschaft wieder die Grundlage zur Gesundung zu bereiten!

Berlin, den 22. November 1930

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner freier Angestelltenbund

Deutscher Gewerkschaftsbund
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten-
und Beamtenverbände,
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund,
Deutscher Beamtenbund.

SPD. Schon vor dem Berliner Metallschiedsspruch sind die Löhne auf der ganzen Linie empfindlich gesenkt worden. Diese Lohnsenkung ist eine unbestreitbare Tatsache. Trotzdem bringt es das Unternehmertum der verschiedensten Branchen, vor allem in den für die Lebenshaltung der breiten Massen besonders wichtigen Gewerbebranchen, fertig, der Öffentlichkeit vorzuklagen, es sei zu einem Preisabbau bereit, allein die hohen Löhne stünden im Wege. Mit diesem Schwindel gehen nach den Brotfabrikanten jetzt auch die Fabrikanten und Händler der Herren- und Knabenkonfektion hausieren. So wurde auf einer in Dortmund abgehaltenen Versammlung der rheinisch-westfälischen Bezirksgruppen des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung betont, gegenüber 1913 hätten die Anzüge nur eine Preiserhöhung von 38% erfahren; der Arbeitslohn sei zu hoch, um einen Anzug noch für 30 Mark herstellen zu können. Im Verkaufssystem seien bedenkliche Unsitzen eingerissen. Man stelle in die Schaufenster Lockvögel und drohe dem Verkaufspersonal mit Entlassung, wenn es den Verkauf aus dem Schaufenster nicht zu verhüten suche. Eine Verschärfung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs müsse daher gefordert werden. -

In der Herren- und Knabenkleidungsbranche bekommen es gewisse Leute anscheinend jetzt mit der Angst zu tun. Sie haben wohl weniger Sorge um das Verkaufspersonal, das mit allerhand faulen Redensarten Lügen den Kunden von dem Lockvogel im Schaufenster wieder abbringen soll, wohl aber Sorge, dass das eine oder andere Geschäft tatsächlich mit den Preisen etwas herunter geht. Geradezu widerwärtig aber wirkt ihr Gejammer über zu hohe Löhne; denn nirgends ist ein so scharfer effektiver Lohnabbau durchgeführt worden als gerade in der Herren- und Knabenkonfektion. Hier wird bekanntlich nach Serien gearbeitet, d.h. nach Qualität entlohnt. Längst ist durch Serienschlebung der Akkordüberverdiens so gut wie restlos abgebaut worden. Mit dem Tarif wurde ein unerhörter Missbrauch getrieben. Kein Wunder, wenn die Arbeitgeber es nicht für nötig hielten, den Reichstarif zu kündigen. Sie haben ja schon so in der Lohnsenkung so gut wie alles erreicht. Auch die schlechtesten Schiedssprüche der letzten Zeit haben noch keine so empfindliche Lohnsenkung mit sich gebracht, als sie den Arbeitskräften der Herren- und Knabenkonfektion bereits tatsächlich aufgehalst worden ist.

Ein unverschämter Schwindel ist es also, wenn man den breiten Massen, die sich in Anbetracht des ständig mehr zusammenschmilzenden Lohneinkommens kaum mehr einen Anzug kaufen können, vorredet, die Löhne der Bekleidungsarbeiter seien schuld daran, dass kaum mehr ein neuer Fetzen angeschafft werden könne.

SPD. Das Reichskabinett predigt Achtung vor dem Pfennig. Mit Recht; denn im Arbeiterhaushalt spielt der Pfennig schon längst wieder eine grosse Rolle, weil dort mit jedem Pfennig gerechnet werden muss. Beim Reichsarbeitsministerium scheint jedoch die Parole des Reichskabinetts, den Pfennig wieder zu ehren bis jetzt wenig Anklang gefunden zu haben; denn der Reichsarbeitsminister kürzt die neuen Krisenunterstützungssätze, die am Montag für die grosse Masse der von der Krisenfürsorge bis zu ihrer Neuregelung bereits erfassten Arbeitslosen in Kraft treten, ohne Rücksicht einfach nach unten. Er rundet nicht auf, er rundet ab. Es heisst in der Verordnung, der Unterstützungsbetrag ist "auf den nächsten durch fünf teilbaren Betrag abzurunden". Ein Unterstützungsbetrag

von 7,34 Mark wird also z.B. auf 7,30 Mark abgerundet.

Ausgerechnet bei den armen Teufeln von Arbeitslosen und ausgerechnet beim Inkrafttreten neuer schlechterer Unterstützungsbezüge weiss man auf einmal in der Reichsregierung nichts mehr von der Achtung vor dem Pfennig. Die Abrunderei bei der Krisenunterstützung passt verdammt schlecht zu der Pfennig-Predigt der Reichsregierung.

Predigen ist schon. Mit dem schlechten Beispiel vorangehen, ist weniger schön.

SPD. Die Verhandlungen der Eisenbahnergewerkschaften mit der Reichsbahn-Hauptverwaltung wegen Arbeitszeitverkürzung, die am Sonnabend wieder aufgenommen worden waren, brachten kein Resultat. Die Vertreter der Hauptverwaltung hielten an dem von ihr bisher eingenommenen Standpunkt fest, d.h. sie wollen in keiner Beziehung den Forderungen der Gewerkschaften auf Arbeitszeitverkürzung entgegenkommen. Unter diesen Umständen sind die Verhandlungen zunächst noch einmal, und zwar auf den kommenden Mittwoch, vertagt worden. Die Gewerkschaften werden alles versuchen, um trotz des Widerstandes der Hauptverwaltung endlich einmal die noch immer bestehende Ueberzeitarbeit der Reichsbahnbetriebe zu beseitigen.

SPD. Die dem Gesamtverband angeschlossene Reichsabteilung Post und Telegrafie - früher Allgemeine deutsche Postgewerkschaft - hielt dieser Tage in Dresden ihre erste Reichskonferenz ab. Vertreten waren über 114 Delegierte der Mitgliedschaften und 60 Verbandsfunktionäre, ferner Abordnungen der österreichischen, tschechischen und französischen Bruderorganisationen sowie der Internationale des Postpersonals. Auch die Postbehörden des Reichs und Sachsens waren vertreten. Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund war Falkenberg erschienen.

Die vom Vorstand vorgelegte Sondersatzung für die neue Abteilung wurde mit nur geringfügigen Aenderungen angenommen. In die Reichsabteilungsleitung wurden gewählt = Bender, Kloss, Vallenthin und Schmidt, zu Beisitzern je sechs Beamte und Lohnbezieher.

SPD. Der Nordostdeutsche Textilarbeitgeberverband in Berlin hat eine Reihe von Lohn tariffabkommen zum 31. Dezember gekündigt. Betroffen werden davon die Ortsgruppen Berlin, Nowawes, Fürstenwalde-Spree, Zernsdorf (Kr. Teltow), Bernau (b. Berlin), Schwiebus, Züllichau, Güntersberg, Neudamm, Landsberg a.W., Malchow (Mecklenburg), Wittenberge (Bez. Potsdam), Wittstock a.d. Dosse, Barth (Pommern), Ratzebuhr (Pommern), Aschersleben, Calve, Halberstadt und Burg b. Magdeburg.

Zweck der Kündigung? Senkung von Tarifstundenlöhnen in Höhe von 92 Pfennig für gelernte Arbeiter, von 77,5 Pfennig für angelernte und 71 Pfennig für ungelernte Arbeiter über 20 Jahre? Auch die schlechten Textilarbeiterlöhne sollen daran glauben? Will man etwa auch in Schwiebus (Grenzmark) die Textilarbeiterin mit 36,5 Pfennig Zeitstundenlohn noch um einige Prozente kürzen? Oder erfolgte etwa die Kündigung zum Zweck einer Lohnerhöhung? Diese Frage ist durchaus nicht unangebracht. Die Textilindustrie kann höhere Löhne bezahlen, wie ihre Jahresabschlüsse beweisen. Aber daran denkt sie natürlich nicht. Sie will vom allgemeinen Lohnabbau mit profitieren. Die Textilarbeiter haben daher alle Veranlassung, sich so einmütig und geschlossen wie nur möglich hinter ihre Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband zu stellen, wenn sie nicht wieder zu dem grauenvollen Hungerleben verurteilt werden wollen, das ihre

Väter führen mussten. ⇒

Am gleichen Tag, an dem die Nordostdeutschen Lohn tariffabkommen vom Textilarbeitgeberverband gekündigt wurden, hat der Deutsche Textilarbeiterverband die bestehenden Arbeitszeitregelungen zum 31. Dezember gekündigt.

SPD. Die gewerbsmässige Stellenvermittlung sollte vom 1. Januar 1931 ab verschwinden. Da das Reich aber kein Geld hat, macht die Entschädigungsfrage Schwierigkeiten. Der zur Durchführung des Verbots der gewerbsmässigen Stellenvermittlung soeben vom Reichskabinett verabschiedete Entwurf sieht daher folgende Regelung vor: Alle gewerbsmässigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe nach dem 2. Juni 1910 begonnen haben - mit Ausnahme der Konzertagenten - müssen ihren Betrieb am 31. Dezember 1930 einstellen. Eine Entschädigung steht ihnen nicht zu. Gewerbsmässige Stellenvermittler für Artisten. Bühnengehörige. Chor- und Tanzpersonal, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, müssen ihren Betrieb ebenfalls zum 31. Dezember 1930 einstellen. Sie werden bar entschädigt. Die Konzertagenten dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen. Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt den Zeitpunkt bestimmen, in dem auch die Konzertagenten ihren Betrieb einstellen müssen. Die übrigen gewerbsmässigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 (d.h. also länger als die in Gruppe I genannten Vermittler d.Red.) ausüben, erhalten die Erlaubnis, ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1933 fortzuführen. Eine Entschädigung in bar findet nicht statt vielmehr tritt die Verlängerung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb an die Stelle der Entschädigung.

SPD. Ein Prachtexemplar von Arbeitgeber ist der Pächter der staatlichen Domäne Mose im Kreis Wolmirstedt, ein Amtsrat Truckenbrodt. Dieser Herr, der alle Ämter der Gemeinde einschliesslich des Amtes des Gemeindevorstehers bekleidet, leidet anscheinend an dem Ehrgeiz, eine Art Lohndruckrekord aufzustellen; denn auf der Domäne Mose wird den Arbeitern der ihnen zustehende Lohn systematisch vorenthalten. So hat z.B. der Arbeiter F. allein in der Zeit vom 20. Februar bis 20. August d.J. 306,40 Mark Lohn zu wenig erhalten.

Mit den Entlohnungsmethoden des Amtsrats Truckenbrodt hat sich der Schlichtungsausschuss Magdeburg beschäftigt, der ihm klar macht, dass er nicht ohne Zustimmung der gesetzlichen Arbeitervertretung unter Tarif zahlen darf. Truckenbrodt wurde zur Nachzahlung der Beträge, um die er die Arbeiter geprellt hatte, verurteilt. Bei der Verhandlung über seinen Einspruch gegen das Urteil stellt sich heraus, dass dieser Musterarbeitgeber seine Arbeiter gezwungen hatte, einen Revers zu unterschreiben, in dem es u.a. heisst: "Die Kläger sind mit den untertariflichen Löhnen durchaus zufrieden, und dem Gewerkschaftssekretär D. wird das Recht abgesprochen, die Klage weiter zu vertreten." Bei der Erpressung der Unterschriften bediente sich der Herr Amtsrat in erster Linie seines Rechnungsführers, des stellvertretenden Gemeindevorstehers Thiele. Dieser Menschenfreund erklärte bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss: "Wer seinen tariflichen Lohn fordert, fliegt auf das Strassenpflaster." -

Auf der staatlichen Domäne Mose herrschen reizende Zustände. Das preussische Landwirtschaftsministerium wird umgehend da einmal nach dem Rechten sehen müssen.

Wirtschaft Technik Journal

Das selbstherrliche Kupferkartell.

(Preiserhöhungen, die nach Tagen von Aussenseitern wieder unterboten werden)

SPD. Während der letzten Wochen haben sich am Kupfermarkt Zustände entwickelt, die man als "noch nie dagewesen" bezeichnet. Aber auch das ist schon mal dagewesen. Nach den Erfahrungen des Kupferkartells in früheren, ähnlich gelagerten Fällen hätte man jedoch annehmen müssen, dass derartige Wirrungen und Irrungen endgültig der Vergangenheit angehören. Das ist aber nicht der Fall.

Die Dinge liegen, kurz geschildert, wie folgt: Als der Absatz in Kupfer unter Druck der internationalen Wirtschaftskrise - besonders war es die Autoindustrie in der ganzen Welt, die stark als Käufer ausfiel - ganz gewaltig abflachte, sah sich das internationale Kupferkartell gezwungen, mit seinem Preis für das englische Pfund auf $9\frac{1}{2}$ Cent herunterzugehen. Dabei wirkte sich besonders der Gegensatz zwischen den grossen Kupfergesellschaften und den Lohnraffinerien aus. Die Lohnraffinerien sind ihrer ganzen Struktur nach gezwungen, schnell zu verkaufen. Sie sind also auch geneigt, unter dem vom Kupferkartell festgesetzten Preis zu verkaufen. Die weitgehende Preisermässigung auf $9\frac{1}{2}$ Cents geschah so vorzugsweise unter Druck der Lohnraffinerien. Die Gesteungskosten für Kupfer liegen bei den grossen amerikanischen Kupfergesellschaften, z.B. bei der Anaconda oder bei den afrikanischen Kupfergruben, Haut Katanga, den rhodesischen Gruben usw., so weit unter $9\frac{1}{2}$ Cents, dass dieser Preis noch nicht auf jeden Fall die unterste Konzessionsgrenze des Kartells darstellen kann. Trotzdem begannen die Verbraucher auf diesen Preisstand hin zu kaufen. Besonders zeigte sich Europa aufnahmefähiger. Es ist aber keineswegs in ungeheuerlichen Mengen gekauft worden. Wenn die Angaben in den amerikanischen Nachrichten richtig sind, dann blieben die Käufe sogar hinter dem Durchschnittsbedarf des letzten Jahres noch ganz erheblich zurück. Das Kupferkartell hielt aber den Zustand normalen Geschäftes nicht aus. Es kam eine Reihe von Besprechungen über eine Drosselung der Kupferproduktion und zwar soll sich die beschlossene Produktionseinschränkung auf etwa 23 000 bis 25 000 Tonnen pro Monat belaufen. Das will noch nichts besagen. Im höchsten Fall würde eine derartige Restriktion die Anpassung der Erzeugung an den Bedarf bedeuten. Die grossen amerikanischen Bestände an Roh- und Elektrokupfer, die auf jeden Fall über 500 000 Tonnen gehen, bleiben davon ganz unberührt. Wenn das Kupferkartell sich jedoch abermals zu einer überraschenden Wendung in seiner Preispolitik entschloss, so scheint das mehr auf günstig verlaufene Verhandlungen mit den afrikanischen Gruben zurückzugehen. Hier ist es besonders Haut Katanga, die sich ausdrücklich bei ihrem Eintritt in das Kupferkartell ausbedungen hat, Beschlüsse in Richtung von Produktionsdrosselungen nicht mitmachen zu brauchen. Entsprechende Zugeständnisse der afrikanischen Gruben könnten also schon Ursache gewesen sein, dass das Kartell seinen Preis zunächst zwei Mal um je $\frac{1}{2}$ Cent erhöhte. Damit wurde die Kaufneigung in Europa stark angeregt. Merkwürdigerweise waren es besonders deutsche Käufe, die um jene Zeit registriert werden konnten. Das Kartell setzte dann wieder mal mit seiner alten und schlechten Politik kleiner Zuteilungen von Kupfer an seine Agenten ein. Das machte die Verbraucher noch nervöser. Als das Kartell geradezu mit Anfragen überschüttet wurde, sah es nicht ein, weshalb es seine Preise nicht nochmals und zwar sogleich um $1\frac{1}{2}$ Cent auf 12 Cents in die Höhe setzen sollte. Bemerkt sei, dass dieser Preis von

12 Cents immer noch um etwa 50 % unter dem Kupferhöchstpreis der letzten Konjunkturjahre liegt.

Anscheinend hat aber das Kupferkartell schon mit diesem Preis den Bogen überspannt. Die Nachrichten vom Markt stimmen darin überein, dass die Käufe mit einem Schlag aufgehört haben. Die europäischen Notierungen sind seitdem wieder scharf heruntergegangen. Diesem Rückgang ist das Kartell bisher noch nicht gefolgt. Aber die Aussenseiter unterbieten bereits die amtlichen Preise. Allen Anschein nach wird das Kartell nicht lange an seinen Forderungen festhalten können.

Die Vorgänge an den anderen Metallmärkten traten gegenüber den Erscheinungen am Kupfermarkt völlig in den Hintergrund. Die Märkte folgten den Bewegungen des Kupferpreises ziemlich genau. Erwähnenswert ist vielleicht, dass Bestrebungen, die Zinnförderung einzuschränken, sich anscheinend doch viel schwerer durchführen lassen, als die Grubenherren zunächst angenommen hatten. Die Absicht des Kupferkartells, die Förderung um etwa 25 000 Tonnen pro Monat zu senken, zeigt, dass dort, wo die geeigneten Partner vorhanden sind, sich derartige Restriktionsbeschlüsse schnell durchsetzen lassen. Die Beschlüsse sind aber in sich schon krank, wenn man überlegt, dass man die Förderung kaum so weit senken kann, dass Aussicht vorhanden ist, die grossen Läger zu räumen. Man kann ruhig sagen, dass man von der Produktionsseite her der Schwierigkeiten auf den grossen Rohstoffmärkten nicht mehr Herr werden kann. Es scheint alles dahin zu drängen, die Lösung der Fragen von der Verbraucherseite her zu versuchen. Dass hier die Aussichten vorhanden sind, scheint uns der schnelle Zugriff des Verbrauchs, auch des deutschen Verbrauchs, in dem Augenblick zu beweisen, als die Preistendenz beim Kupfer in grösserem Ausmass umzuschlagen schien.

SPD. Das Vorgehen der Berliner Brotfabrikanten gegen zwei Berliner Brotfabriken, die ihr Brot unter dem Kartellpreis verkauften (siehe Wirtschaftsteil des SPD vom 21. November), hat jetzt zu einem Einschreiten des preussischen Staatsministeriums geführt. Nach einer Veröffentlichung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger wird der Vereinigung der Berliner Brotfabrikanten untersagt, ihre Satzungsbestimmungen in der Art durchzuführen, dass für die Mitglieder der Vereinigungen verbindliche Preise für den Verkauf von Brot festgesetzt werden. Das hat das Berliner Brotkartell eigentlich nie getan; es hat aber über Preisempfehlungen abstimmen lassen. Deshalb werden in der Verordnung des preussischen Staatsministeriums auch Handlungen untersagt, die unmittelbar oder mittelbar im wesentlichen den gleichen wirtschaftlichen Erfolg wie Preisfestsetzungen herbeizuführen geeignet sind. Insbesondere wird untersagt, Preisempfehlungen auszusprechen sowie einen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Druck dahin auszuüben, Preisempfehlungen usw. innezuhalten.

Im Zusammenhang damit hat das preussische Handelsminister an das Berliner Brotkartell ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinwies, dass bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung Ordnungsstrafen festgesetzt werden können, deren Höchstmass nach der Verordnung nicht beschränkt ist. Gleichzeitig wird das Brotkartell verpflichtet, dem preussischen Handelsminister vorläufig für die Zeit von 3 Monaten alle diejenigen Beschlüsse oder Abstimmungsergebnisse mitzuteilen, die von der Vereinigung hinsichtlich des Vertriebs von Brot gefasst werden.

SPD, Die Erdölgewinnung des preussischen Staates wird für den Monat Oktober 1930 mit 20 202 Tonnen angegeben, gegenüber 16 273 Tonnen im Monat September 1930 und 8 650 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1929.

Still, aber stetig.

(Berliner Getreidebörse vom 22. Nov.)

SPD. Bei sehr stillem Geschäft hatte die Berliner Produktenbörse am Sonnabend stetige Tendenz zu verzeichnen. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Notierungen für Weizen sogar $\frac{1}{2}$ bis 1 Mark fester, während Roggen unverändert notiert wurde. In promptem Brotgetreide war das Angebot aus der Provinz sehr knapp, genügte aber, da die Nachfrage der Mühlen sich nicht verstärkt hat. An der Küste und an den Hauptverladeplätzen entwickelt sich jetzt grösseres Geschäft als in Berlin, da sich dort namentlich in Roggen zurzeit höhere Preise erzielen lassen. Mehl wurde in beiden Sorten nur zur Deckung des laufenden Tagesbedarfes zu unveränderten Preisen gekauft. Hafer hatte ausreichendes Angebot und stetige Tendenz.

	21. November (ab märkische Station in Mark)	22. November in Mark)
Weizen	249 - 250	249 - 250
Roggen	150 - 152	150 - 152
Braugerste	190 - 212	190 - 212
Futter- und Industrierogerste	170 - 180	170 - 180
Hafer	140 - 150	140 - 150
Weizenmehl	29,00-37,25	29,00-37,25
Roggenmehl	23,75-27,00	23,75-27,00
Weizenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 262 und Geld (Vortag: 261), März $273\frac{1}{2}$ (273), Mai 282 (281). Roggen Dezember $171\frac{1}{2}$ und Brief ($171\frac{1}{2}$), März 184 (184), Mai 190 (190). Hafer Dezember 154 und Brief (153), März $163\frac{1}{2}$ -163 Brief (164), Mai 172 (175).

SPD. Den Bemühungen der Preussischen Elektrizitätswerke (Preag) und der Sächsischen Werke, also der beiden Freistaaten Preussen und Sachsen, ist es gelungen, die Majorität der Thüringer Gas A.G. aufzukaufen. Die Preag teilt darüber folgendes mit:

"Zur Förderung der Bestrebungen, eine engere Zusammenfassung zwischen den Grossunternehmungen der Stromerzeugung und den Verteilungsunternehmungen zu erreichen, hat die der Preussischen Elektrizitäts-A.G. nahestehende Continentale Elektrizitäts-Union in Basel einen Aktienposten der Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig erworben und die Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft hat sich ein Aktienpaket aus dem Besitze dieses Konsortiums gesichert. Bekanntlich hat die Preussische Elektrizitäts-A.G. an mehreren Stellen ihres Arbeitsgebietes Berührungspunkte mit dem Leipziger Unternehmen. Verhandlungen, die mit der A.G. Sächsische Werke und der Verwaltung der Thüringer Gasgesellschaft geführt worden sind, haben zu dem Resultat geführt, dass eine Generalversammlung der Thüringer Gasgesellschaft einberufen wird, in der die Zuwahl von Vertretern der Preussen-Elektra und der A.G. Sächsische Werke in den Aufsichtsrat vorgeschlagen wird.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 22. Nov.: I. 137 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.